

Klimaschutz wirksam, bezahlbar und industriepolitisch tragfähig gestalten

Zur Kritik des BEE an der DIHK-/Frontier-Economics-Studie „Neue Wege für die Energiewende (Plan B)“

Thomas Frewer

3. April 2026

Die Kritik des BEE an der DIHK-/Frontier-Economics-Studie greift in zentralen Punkten zu kurz. Sie unterstellt der Studie eine Abkehr vom Klimaschutz, obwohl diese in Wahrheit nur einen anderen, stärker kostenorientierten und viel effizienteren Weg zur Zielerreichung diskutiert. Der BEE versucht, die Empfehlungen der DIHK-Studie mit inhaltlich falschen Wertungen zu diskreditieren: Aus „marktwirtschaftlicher Steuerung“ wird beim BEE rhetorisch „Verunsicherung“, aus Technologieoffenheit „Verlängerung fossiler Strukturen“, aus internationaler Kooperation „Verlagerung“ und aus volkswirtschaftlicher Effizienz „Verschiebung“. Damit wird der eigentlichen Debatte ausgewichen.

Die DIHK-/Frontier-Studie stellt die Klimaziele nicht infrage. Sie stellt die legitime Frage, ob der derzeitige Pfad der Energiewende in Deutschland in seiner konkreten Ausgestaltung hinreichend kosteneffizient, volkswirtschaftlich und wettbewerbspolitisch tragfähig ist. Diese Frage ist angesichts sehr hoher und weiter steigender Transformationskosten, volkswirtschaftlich nicht finanzierbar hoher Kapitalbedarfe, wachsender international nicht wettbewerbsfähiger Energiekosten und knapper öffentlicher Mittel nicht nur zulässig, sondern notwendig.

Nicht das Ziel ist umstritten, sondern der Weg

Die aktuelle Auseinandersetzung ist keine Debatte zwischen Klimaschutz und Nicht-Klimaschutz. Sie ist eine Debatte über die Frage, **wie** Klimaschutz organisiert werden soll: stärker ordnungsrechtlich und technologiespezifisch oder stärker marktbasiert, technologieoffen und kostenorientiert.

Die Frontier-Studie macht auf ein reales Problem aufmerksam: Die deutsche Klimapolitik ist in den vergangenen Jahren immer komplexer, kleinteiliger und sektoraler geworden. Neben CO₂-Bepreisung und Emissionshandel stehen Ausbaupfade, Förderregime, sektorale Zielvorgaben, Quoten, Technologievorgaben und vielfältige Einzelfallregelungen. Diese Parallelsteuerung mag politisch entschlossen wirken, sie erzeugt aber auch Bürokratie, Fehlanreize und unnötig steigende Energie-Systemkosten, insbesondere aber nicht wettbewerbsfähige Energiekosten.

Gerade vor diesem Hintergrund ist es legitim, nach einem Ordnungsrahmen zu fragen, der Emissionen zuverlässig begrenzt, aber den Weg dorthin stärker den effizientesten Lösungen überlässt. Die Studie tut genau das. Sie ist kein Angriff auf die Energiewende, sondern ein Beitrag zu ihrer ökonomischen und ordnungspolitischen Neujustierung.

Mehr Markt bedeutet nicht weniger Klimaschutz

Besonders scharf kritisiert der BEE die stärkere Rolle von CO₂-Bepreisung und Emissionshandel. Dahinter steht letztlich die Behauptung, Preissteuerung sei zu volatil und zu unsicher, um Investitionen zuverlässig auszulösen. Diese Kritik überzeugt nur begrenzt.

Unternehmen investieren nie unter vollständiger Sicherheit. Sie reagieren auf Strompreise, Rohstoffpreise, Finanzierungsbedingungen, Nachfrageentwicklungen und politische Rahmenbedingungen. Ein verlässlicher CO₂-Rahmen ist deshalb kein Sonderrisiko, sondern Teil eines wirtschaftlichen Gesamtkontexts. Entscheidend ist nicht, ob CO₂-Preise schwanken, sondern ob die grundsätzliche Richtung glaubwürdig und langfristig verlässlich ist.

Genau darin liegt die Stärke eines marktbasierenden Ansatzes: Er setzt sektor- und technologieübergreifend Anreize, ohne politisch jede einzelne technologische Lösung vorwegnehmen zu müssen. Wer den Emissionshandel stärkt, verabschiedet sich nicht vom Klimaschutz, sondern stärkt ein Instrument, das Emissionsminderung dort ermöglicht, wo sie volkswirtschaftlich am günstigsten ist.

Die eigentliche Alternative lautet nicht „sicherer Staat oder unsicherer Markt“, sondern: ein konsistenter, möglichst einfacher Steuerungsrahmen oder ein immer dichteres Nebeneinander aus Regulierung, Förderung und politischer Micro-Nachsteuerung. Letzteres erzeugt mindestens ebenso viel Unsicherheit wie ein marktbasierendes System.

Technologieoffenheit ist kein fossilpolitischer Rückfall

Ein weiterer zentraler Vorwurf des BEE lautet, die Frontier-Studie wolle fossile Energien über CCS und blauen Wasserstoff künstlich verlängern. Auch dieses Argument greift zu kurz.

Richtig ist: CCS und blauer Wasserstoff sind keine Allheilmittel. Richtig ist auch: Sie dürfen nicht dazu dienen, überkommene fossile Strukturen dauerhaft zu konservieren. Daraus folgt jedoch nicht, dass sie in Transformationsszenarien keine legitime Rolle spielen dürften. Eine seriöse, technologieoffene Klimastrategie muss anerkennen, dass nicht alle Emissionen kurzfristig, direkt und zu vertretbaren Kosten elektrifiziert oder vollständig vermieden werden können. Gerade für industrielle Prozesse, Übergangsbedarfe, Mengenrisiken bei Wasserstoff oder residuale Emissionen können solche Optionen relevant sein.

Wer diese Technologien pauschal verwirft, verengt den Lösungsraum künstlich und ersetzt Kostenrealismus durch politische Vorfestlegung. Die plausible Verteidigung der Frontier-Studie lautet daher nicht, dass CCS oder blauer Wasserstoff Endzustände seien, sondern dass sie Teil eines robusteren und breiter aufgestellten Transformationspfads sein können. Genau das ist mit Technologieoffenheit gemeint.

Internationale Kooperation ist kein Ausweichen vor Verantwortung

Besonders grundsätzlich wird die Studie dort angegriffen, wo sie internationale Emissionsminderungen und Kooperationen stärker berücksichtigt. Der BEE deutet dies als problematische „Verlagerung“ von Verantwortung. Das ist klimapolitisch und ökonomisch falsch und zu eng gedacht.

Für das Klima ist nicht entscheidend, auf welchem Staatsgebiet eine Emissionsminderung erfolgt, sondern ob sie real, zusätzlich und verlässlich stattfindet. Wer internationale Kooperation von vornherein als zweitrangig behandelt, verkennt die Logik globaler Klimapolitik. Natürlich haben frühere Offset-Systeme Schwächen gezeigt. Daraus folgt aber nicht, dass internationale Kooperation als solche untauglich oder unnötig ist. Es folgt vielmehr, dass Qualitätssicherung, Integritätsstandards und Anrechnungsregeln hoch sein müssen.

Die Frontier-Studie bringt hier einen wichtigen Realismus in die Debatte zurück: Deutschland wird seine Klimastrategie auf Dauer nicht erfolgreich gestalten, wenn es internationale Kooperationsoptionen dogmatisch ausblendet und alle Minderungsleistungen zwingend im Inland erzwingen will – unabhängig von Kosten, Verfügbarkeit und weltwirtschaftlichen Auswirkungen.

Effizienz über die Zeit ist keine Zielschwächung

Auch der Vorwurf, die Studie wolle Klimaschutz „verschieben“, greift zu kurz. Langfristige Transformationspolitik ist immer eine Frage der richtigen zeitlichen Priorisierung: Welche Investitionen sind heute zwingend? Welche Technologien reifen noch? Wo entstehen hohe Mehrkosten, wenn zu früh auf knappe oder noch nicht ausgereifte Optionen gesetzt wird?

Diese Fragen zu stellen, ist kein Zeichen fehlender Ambition, sondern Ausdruck verantwortungsvoller Politik. Gerade weil Kapital, Fachkräfte, Netzinfrastruktur und öffentliche Mittel begrenzt sind, kommt es auf die Reihenfolge von Maßnahmen an. Nicht jeder früher eingesetzte Euro ist automatisch der wirksamste Euro.

Die Frontier-Studie erinnert an genau diesen Punkt: Klimapolitik muss nicht nur ambitioniert, sondern auch finanzierbar, systemisch konsistent und industriepolitisch tragfähig sein.

Worum es tatsächlich geht

Das BEE-Papier verteidigt nicht nur ambitionierten Klimaschutz, sondern auch ein bestimmtes Steuerungsmodell: Binnenfokussierung und starke staatliche Steuerung, staatliche technologiespezifische Pfadsetzung, privilegierte Rolle einzelner Transformationsoptionen und weitgehende Skepsis gegenüber Markt-, Kooperations- und Flexibilitätsmechanismen. Diese Position ist legitim. Sie darf aber nicht als alleinig sinnvoll für das Ziel Klimaschutz gesehen werden.

Die DIHK-/Frontier-Studie steht für einen anderen Ansatz: stärkerer Fokus auf gedeckelten Emissionsrahmen statt Detailsteuerung, mehr Kostenorientierung, mehr Technologieoffenheit und größere Offenheit für internationale Arbeitsteilung. Dieser Ansatz kann ebenso ambitioniert sein – und ist unter den Bedingungen einer Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb sogar tragfähiger.

Fazit

Die DIHK-/Frontier-Economics-Studie verdient keine politische Skandalisierung, sondern eine sachliche Auseinandersetzung. Sie weist auf reale Schwächen des bestehenden Transformationspfads hin: unnötig hohe Kosten, zunehmende Komplexität, wachsende Regulierungsdichte und unnötige zusätzliche Risiken für die schon angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. .

Wer Klimaschutz dauerhaft erfolgreich gestalten will, darf die Debatte über den effizientesten und tragfähigsten Weg dorthin nicht tabuisieren. Genau hierzu leistet die Studie einen wichtigen Beitrag. Ihre Stärke liegt nicht darin, bestehende Pfade zu optimieren, sondern darin, blinde Flecken der aktuellen Debatte sichtbar zu machen.

Global Energy Solutions hält es deshalb für wichtig, die von der DIHK-/Frontier-Studie aufgeworfenen Fragen ernst zu nehmen: Wie wird Klimapolitik wirksam, bezahlbar und industriepolitisch tragfähig? Wie bleibt sie international anschlussfähig? Und wie gelingt es, Emissionsminderung so zu organisieren, dass Klimawirkung und wirtschaftliche Vernunft zusammenkommen?

Diese Debatte ist nicht das Problem der Energiewende. Sie ist eine Voraussetzung für ihren Erfolg.

Für die vergleichende Analyse und die Texterstellung wurden ergänzend KI-gestützte Anwendungen genutzt; die inhaltliche Prüfung, fachliche Bewertung sowie die abschließenden Aussagen und Wertungen erfolgten jedoch durch Global Energy Solutions und wir verantworten diese vollumfänglich.